

Ines Kurschat

# Kein Freund von Transparenz

Es ist ein trauriges Jubiläum. Fast genau elf Jahre ist es her, dass der sozialistische Abgeordnete Alex Bodry seinen Gesetzesvorschlag deponiert hat, um Bürgern in Luxemburg endlich zu einem Recht zu verhelfen, das in anderen Ländern seit Jahren und Jahrzehnten gang und gäbe ist: nämlich Informationen von staatlichen Behörden zu bekommen und Einsicht in behördliche Unterlagen zu erhalten.

So viele Jahre – und Luxemburg ist in der Angelegenheit noch immer keinen Schritt weiter. Es ist ein peinliches Fazit, denn sogar Länder, die sich traditionell schwer tun mit transparenten Behördenvorgängen, wie Frankreich, Deutschland, Belgien, haben die Rechenschaftspflicht seitens der Beamten inzwischen gesetzlich verbrieft.

Konkret bedeutet das, dass eine Bürgerin aus Metz unter Berufung auf den „accès aux documents administratifs“ in der Präfektur fragen kann, um beispielsweise Informationen zu ökologischen Bodenstudien in der Industrieregion zu erhalten. Im Falle einer Ablehnung müssten die französischen Behörden dieses zumindest begründen und es gibt die Möglichkeit einer Klage vor einer Kontrollkommission.

Ein Bürger in Esch hingegen könnte zwar dieselbe Anfrage stellen, hat aber eben kein Recht auf eine Antwort. Die Äm-

ter können ihn einfach abblitzen lassen. Dass sie das auch tun, konnte das *Land* beispielsweise erfahren, als es vor einigen Jahren um die Veröffentlichung der lange überfälligen Wohnbestandsanalyse bat – und einen Korb erhielt.

Die vornehme Zurückhaltung der Behörden in punkto Informationen hierzulande liegt auch daran, dass der Luxemburger Premierminister selbst kein großer Freund von Transparenz ist – sagt kein anderer

---

**Trotz kundenfreundlichen Anstrichs in modernen Bürgerzentren sind etliche Verwaltungen es noch immer nicht gewohnt, dass man ihnen auf die Finger schaut.**

---

als Jean-Claude Juncker selbst: „Wenn es ernst wird, muss man lügen“, gab Juncker kürzlich zum Besten. In seiner Funktion als Chef der Euro-Gruppe hatte er eine Meldung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* dementieren lassen, dass sich Euro-Finanzminister zu einem Krisentreffen im Schloss Senningen treffen würden. Wie fragwürdig diese Form der Geheimhaltung ist, lässt sich an der Reaktion vor allem ausländischer Medien ablesen, die Juncker genüsslich der Lüge überführten.

Nun beherrscht beileibe nicht nur der Luxemburger Premier die „Kunst“, die Öffentlichkeit zu täuschen, aber kaum einer verteidigt die taktische Lüge als gerechtfertigtes Mittel der Politik und den Aus-

schluss der Öffentlichkeit aus wichtigen politischen Entscheidungsfindungsprozessen so offensiv, wie es Juncker tut.

## Desinformationsgesetz in der Schublade

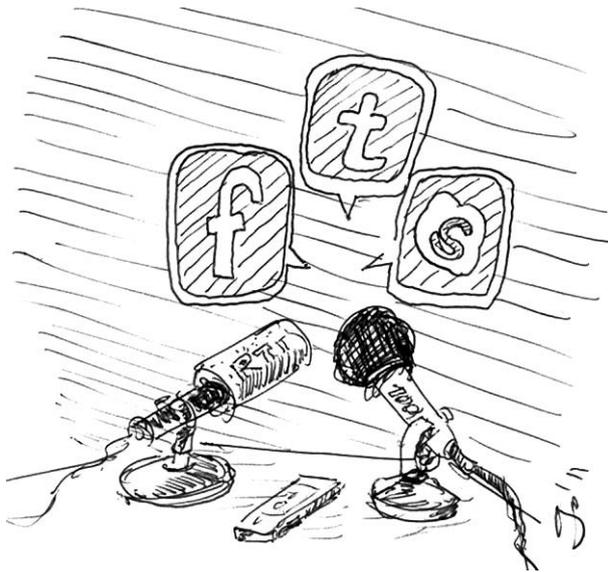
Die gleiche Haltung, nämlich Obskurantismus zu unterstützen, nimmt er seit Jahren in der Frage eines Informationszugangs ein. Obwohl Luxemburg eines der letzten Länder der Europäischen Union ist, das nicht über einen solchen Zugang verfügt, und selbst Länder wie Aserbeidschan und die Türkei ihren Bürgern einen voraussetzungslosen Zugang zu bestimmten Ämterinformationen einräumen<sup>1</sup>, hat es sein Ministerium bis heute nicht fertig gebracht, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen.

Ein Vorentwurf wurde vor Jahren Mitgliedern des Presserats unterbreitet. Er war so restriktiv, das er getrost als Desinformationsgesetz bezeichnet werden konnte. Die Pressevertreter lehnten die Vorlage natürlich ab. Seitdem ist sie in der Schublade des Staatsministeriums verschwunden und ward nicht mehr gesehen.

Dafür machte Jean-Claude Juncker am diesjährigen Neujahrsempfang den Journalisten einmal mehr deutlich, wie wenig er von einem Informationszugang hält. Die Luxemburger Bürger, aber auch die Presse, nimmt das stoisch hin. Vielleicht weil sie es ohnehin nicht gewohnt sind, von ihrem Staat besonders großzügig mit Informationen versorgt zu werden. Während

---

Die Autorin ist Journalistin der Wochenzeitung *d'Lëtzebuurger Land*. Sie ist zudem Präsidentin des unabhängigen Syndicat des journalistes Luxembourg und Mitglied im Presserat.



es in anderen Ländern aktive Initiativen gibt wie Transparency International, farmsubsidy.org, oder auf europäischer Ebene woobing.eu, die hartnäckig die Geheimniskrämerie von Regierungen anprangern, ist davon im Großherzogtum nicht viel zu sehen.

Nicht einmal Journalisten, deren beruflicher Auftrag ja gerade darin besteht, kritisch hinter die offiziellen Verlautbarungen zu schauen und die Öffentlichkeit über das, was wirklich im Machtapparat passiert, aufzuklären und so die demokratische Kontrolle zu ermöglichen, scheinen die Wichtigkeit eines Informationszugangs zu sehen. Zu einer Konferenz über die Bedeutung eines, wie es im angelsächsischen Raum heißt, Freedom of Information Act, die das Syndicat des journalistes du Luxembourg (SJL) vor zwei Jahren organisiert hatte, erschienen nur eine Hand voll Interessierte. Die meisten waren nicht einmal von der Presse, sondern Kommunikationsbeauftragte etwa der Justiz und der Abgeordnetenkammer. Der SJL ist übrigens die einzige Journalistengewerkschaft, die alle Jahre wieder eine – zugegebenermaßen zahnlose – Stellungnahme zum Recht auf behördliche Informationen veröffentlicht. Darüber hinaus gibt es keinerlei öffentlichen Druck seitens der Me-

dien, das Recht endlich auch in Luxemburg einzulösen. Und zwar für Bürger wie auch für Journalisten.

### **Enthüllungsjournalismus dank Informationszugang**

Denn die Wichtigkeit eines solchen Zugangs kann eigentlich gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Viele Skandale, die etwa in den für ihren investigativen Journalismus bekannten angelsächsischen Medien aufgedeckt wurden, bekamen wichtige Fakten durch Recherchen und Anfragen, die sich auf den Freedom of Information Act beriefen. Als der englische Radiosender BBC vor kurzem über zweifelhaft gewalttätige Polizeieinsätze bei den Studentendemonstrationen in London berichtete, geschah dies mithilfe von Dokumenten, die eifrige Journalisten unter Berufung auf das Auskunftsrecht erhalten hatten.

In Dänemark musste die Regierung jüngst eine Liste mit allen gefährlichen Fabriken, die Giftstoffe produzieren oder lagern, veröffentlichen: Die Journalistin hatte sich auf den Informationszugang für Bürger berufen und, nach jahrelangem Hin und Her, die Liste endlich erhalten. Laut Seveso-Richtlinie sind sämtliche EU-Länder

angehalten, solche Listen zu führen und eventuelle Schutz- und Evakuierungsmaßnahmen bereitzuhalten.

Dass Bürger heute wissen, dass das Gros der Agrarsubventionen an Großgrundbesitzer, ja sogar an Energiekonzerne wie die RWE geht, ist ebenfalls einer solchen Transparenz-Initiative zu verdanken: der farmsubsidy.org, in der sich Journalisten, Computerfreunde und Bürger zusammen gefunden haben. Übrigens: Luxemburg ist laut farmsubsidy.org eines von sechs Ländern, das noch immer keine Daten über die Zahlungsempfänger der 2010 geleisteten Agrarsubventionen veröffentlicht hat.

Enthüllungen wie diese erklären vielleicht, warum der Staatsminister und seine Regierung bei dem Thema so sehr Zurückhaltung üben. Das wäre ja noch schöner, wenn die Bürger des Großherzogtums die Einsicht in wichtige Dokumente einklagen könnten, und beispielsweise die Anzahl der staatlichen Inspektionen der Kindergärten mitsamt ihren Ergebnissen erfahren würden. Trotz kundenfreundlichen Anstrichs in modernen Bürgerzentren sind etliche Verwaltungen es noch immer nicht gewohnt, dass man ihnen auf die Finger schaut. Als Luxemburg vor Jahren, mit einiger Verspätung, ebenfalls eine Stelle für Beschwerden der Bürger über die Arbeit der Verwaltungen einrichtete, waren es Beamte, die die Schaffung einer Ombudsstelle am schärfsten kritisierten.

Allerdings wird eine gesetzliche Regelung allein kaum ausreichen, um mehr Transparenz in das Handeln von Staat und Regierung zu bringen. Als die Umweltorganisation Greenpeace, sich auf das Umweltinformationszugangsgesetz berufend, vor fünf Jahren beim Wirtschaftsministerium Informationen zur Cegedel-Netzwerkstudie 2005 verlangte, weigerte sich ausgerechnet Alex Bodrys politischer Weggefährte und Wirtschaftsminister Jeannot Krecké die Daten herauszugeben. Das Gericht verdonnerte ihn dann in zweiter Instanz doch dazu.

Die Presse und auch der Presserat verfolgten den Prozess aus der Ferne. Dabei müsste ihnen besonders daran gelegen sein, dass derartige gesellschaftlich relevante Informationen zugänglich sind.

## Luxemburgs Journalisten: kein verbrieftes Recht auf Behördenauskunft

Vielleicht erklärt sich die merkwürdige Gleichgültigkeit vieler Journalisten in diesem Land auch dadurch, dass sie, anders als etwa ihre deutsche Kollegen, nicht einmal über ein eigenes Auskunftsrecht für Journalisten verfügen.

Als das neue Pressegesetz 2003 mit viel Pomp und Getöse verabschiedet wurde, klopften sich Parlamentarier der Regierungsparteien CSV und LSAP stolz auf die Schulter, eines der modernsten Pressegesetze Europas geschaffen zu haben. Dabei fehlte eines der wichtigsten Grundrechte von Journalisten: dass staatliche Stellen wenigstens Vertretern ihres Berufsstandes gegenüber verpflichtet wären, relevante Informationen auszuhändigen. In deutschen Landespressegesetzen, etwa in Rheinland-Pfalz, schreibt ein eigener Artikel diese Amtshilfe fest: „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.“ Im Luxemburger Pressegesetz fehlt der Passus, das heißt, hiesige Journalisten sind noch stärker vom guten Willen und guten Beziehungen in den Verwaltungen abhängig, wenn sie Informationen wollen, die der Öffentlichkeit eigentlich sowieso zustehen.

Das fehlende Recht scheint verschiedene Pressevertreter jedoch nicht groß zu stören: Als der Informationszugang vom Presserat diskutiert wurde, fanden sich auch Chefredakteure, die das Fehlen eines solchen Zugangsrechts respektive Auskunftspflicht für die Beamten lakonisch damit kommentierten: „Wenn ich wissen will, was im Ausland schiefläuft, dann rufe ich eben direkt den Außenminister an.“ Man kennt sich – und einige kennen sich in diesem kleinen Land sogar etwas besser. Was für Journalisten zugegebenermaßen den Reiz ausmacht, einfach den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und Minister/in XY anzurufen, hat auch eine Kehrseite: dass der kurze Draht in die Regierungsebenen immer einem kritischen Journalismus förderlich ist, darf wohl bezweifelt werden.

Hiesige Journalisten müssen sich die Frage gefallen lassen, warum in Luxemburg so

wenig politische Fehler und Mängel publik respektive von der seriösen Presse aufgedeckt werden. Es ist kaum anzunehmen, dass die politische und wirtschaftliche Klasse in Luxemburg mit größerer moralischer Integrität arbeitet als ihre Kollegen in den Nachbarländern.

Die fehlende investigative Ausrichtung luxemburgischer Medien nur mit mangelnden personellen Ressourcen zu erklären, wie das immer wieder gerne getan wird, greift auf jeden Fall zu kurz. Die Ursachen liegen tiefer und hängen auch damit zusammen, dass Medien hierzulande keine Tradition investigativen Recherchejournalismus gepflegt haben – und überdies die

---

### Hiesige Journalisten müssen sich die Frage gefallen lassen, warum in Luxemburg so wenig politische Fehler und Mängel publik respektive von der seriösen Presse aufgedeckt werden.

---

Mehrheit kaum als wirklich unabhängig bezeichnet werden kann. Obwohl es in jüngerer Zeit Verbesserungen gibt, begnügen sich noch immer nicht wenige damit, im Konfliktfall das zu verlautbaren, was die jeweils dem eigenen Verlagshaus nahe liegende Partei oder Gewerkschaft erklärt hat. Die Einseitigkeit der Euthanasie-Berichterstattung ist da nur eins von vielen Beispielen.

Den Regierenden kann das nur recht sein. So sehr sich der Staatsminister zierte, einen Informationszugang sowohl für die Bürger als auch für Journalisten einzuräumen – alle Jahre wieder zum Neujahrsempfang verteilt Jean-Claude Juncker Komplimente für die hohe Qualität der hiesigen Presse. Denn wie heißt es noch gleich: Komplimente kosten nichts und erhalten die Freundschaft. ♦

1 Der Jura-Professor Arno Scherzberg aus Erfurt schreibt in seinem Vortrag „Das Recht auf Zugang zu behördlichen Informationen – ein neues Grundrecht?“ von 2007: „Zu den wenigen europäischen Staaten ohne allgemeines Informationszugangsrecht gehören Luxemburg, Malta und Zypern und, was man als Deutscher mit einiger Scham eingestehen muss, noch etwa die Hälfte der deutschen Bundesländer.“

## Anzahl der offiziell anerkannten Journalisten in den Redaktionen:

Luxemburger Wort	69
La Voix du Luxembourg	21
point.24	7
Contacto	6
Télécran	9
www.wort.lu	6
www.mywort.lu	6
DNR	6
Tageblatt	34
Le Quotidien	20
L'Essentiel	15
Le Jeudi	12
Revue	10
Autorevue	2
www.tageblatt.lu	4
www.lequotidien.lu	2
Lëtzebuurger Journal	13
Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek	7
d'Lëtzebuurger Land	8
Woxx	8
paperJam	3
Business Review	3
RTL Télé Lëtzebuerg	36
RTL Radio Lëtzebuerg	24
RTL Radio 93,3 & 97,0	3
Eldorado	3
radio 100,7	18
Radio Latina	3
www.news352.lu	3
Freelance Journalisten	42
(Quelle: Nationaler Presserat, www.press.lu)	